

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Kims Propaganda-Coup](#)
2. [Flüchtlinge: Offene Grenzen und Bleiberecht für alle? Bei der Wahrheit bleiben!](#)
3. [Protektionisten und Nullsummenspieler](#)
4. [Regierung erlaubt erneut mehr Kleinwaffenexport](#)
5. [Bundeswehrverband warnt vor Tod und Verwundung im Irak](#)
6. [„Unterhaltssätze für Flüchtlinge ausreichend“](#)
7. [Warum schimpft eigentlich niemand mehr über die \(angeblich\) faulen Arbeitslosen?](#)
8. [In der Krise soll die Lebensversicherung endlich besser werden](#)
9. [Hack auf Bundesregierung erfolgte über Lernplattform Ilias](#)
10. [Kanzleramt: Klare Absage an Kupfer beim Breitbandausbau](#)
11. [Konzerne zur Kasse: Stickoxidgrenzwerte sind zu hoch](#)
12. [Russischer Doppelagent wurde Opfer von seltenem Nervengift](#)
13. [Daten als Ware! Voll im Fokus des Springer-Konzerns](#)
14. [Berater knacken die 30-Milliarden-Euro-Marke](#)
15. [Zu guter Letzt: Raus aus der Groko und sich erneuern](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Kims Propaganda-Coup**

Auf Augenhöhe mit dem mächtigsten Mann der Welt – so darf sich Nordkoreas Diktator Kim Jong Un bald wohl sehen: Donald Trump will sich persönlich mit ihm treffen. Profitieren könnte ausgerechnet China.

In wenigen Wochen könnten historische Bilder um die Welt gehen: Ein Handschlag zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump und dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un. Im vergangenen Jahr hatten sie sich noch gegenseitig beschimpft und mit Militärschlägen gedroht. Nun soll bald das erste Mal ein Mitglied der Kim-Dynastie auf einen US-Präsidenten treffen. [...]

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung Jens Berger: Nicht auszudenken, wie sehr SPON und Co. aus dem

Häuschen gewesen wären, wenn Obama es geschafft hätte, die diplomatische Isolation aufzubrechen und sich zu einem Gespräch mit Kim Jong Un getroffen hätte. Aber da Trump ja dumm und böse ist und Kim sowieso der Feind ist, findet SPIEGEL Online natürlich auch keine positiven Worte zum Tauwetter in Ostasien. Da wird dann von „Propaganda“ gesprochen und da ja „ausgerechnet China“ vom Friedensprozess profitiert, will man das Thema offenbar ohnehin nicht ernsthaft beleuchten.

2. **Flüchtlinge: Offene Grenzen und Bleiberecht für alle? Bei der Wahrheit bleiben!**

Die „Beschlusslage der Partei“ und das „Wahlprogramm“ vertreten die Vorsitzenden schon lange nicht mehr. Es gibt kein Interview in der letzten Zeit in der sie die wirklichkeitsfremde Forderung nach offenen Grenzen und einem Bleiberecht für alle wiederholt haben. Wenn alle bleiben könnten, wäre das Asylrecht ja völlig überflüssig. Vielmehr fordert Kipping jetzt ein Einwanderungsgesetz, ohne zu sagen, wie es genau aussehen soll. Wer ein Einwanderungsgesetz will, muss sagen, wer nach Deutschland kommen kann und wer nicht. Statt zuzugeben, dass die Forderung nach offenen Grenzen und einem Bleiberecht für alle unrealistisch und unhaltbar ist, wird von „Weltoffenheit“ und „Bewegungsfreiheit“ geredet. Weltoffenheit ist für den Soziologen Colin Crouch die zentrale Forderung des Neoliberalismus. Und was heißt Bewegungsfreiheit? Man stelle sich vor, ein Politiker der LINKEN würde in der Schlange vor einer Tafel nach „Weltoffenheit“ und „Bewegungsfreiheit“ rufen. Das wäre dann tatsächlich die „Karikatur“ einer Flüchtlingspolitik.

Die Parteivorsitzenden Kipping und Riexinger sollten bei den Regionalkonferenzen bei der Wahrheit bleiben und zugeben, dass sie ihre Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle nicht mehr vertreten. Die Wahrheit ist immer konkret.

Quelle: [Oskar Lafontaine via Facebook](#)

3. **Protektionisten und Nullsummenspieler**

Die Rollen scheinen klar verteilt: Dort der böse Protektionist Trump, hier die guten Verteidiger des Freihandels. Doch so einfach ist es nicht. Die Verteidiger des Freihandels haben das Objekt ihrer Begierde nicht verstanden.

Nun sind sie wieder alle unterwegs: Die deutschen Freihandelsverteidiger, die – wie die Treiber auf der Jagd – den bösen Protektionisten Trump vor sich her treiben. Und ihr wichtigstes Argument: Trump versteht nicht, dass Handel kein Nullsummenspiel ist (hier zum Beispiel). Doch, liebe Freihandelsverteidiger, ihr liegt einfach falsch und die Gegenargumente sind gar nicht so schwer zu verstehen. All diejenigen beispielsweise, die den amerikanischen Protektionismus beklagen, ohne den deutschen Merkantilismus zu verurteilen, beweisen damit nur, dass sie das Prinzip des Freihandels nie verstanden haben. Die Reihe der deutschen Freihandelsverteidiger ist

schier endlos, weswegen es sinnvoll ist, noch einmal zu erklären, warum ein freier Handel, der allen Ländern dienen und nutzen soll, weitgehend saldenlos sein muss, also weder große und andauernde Überschüsse noch entsprechende Defizite verträgt.

Quelle: [Makroskop](#)

4. **Regierung erlaubt erneut mehr Kleinwaffenexport**

Berlin. Die Bundesregierung hat im zweiten Jahr in Folge mehr Kleinwaffenexporte genehmigt. Wie aus vorläufigen Zahlen des Wirtschaftsministeriums auf Anfrage der Linken hervorgeht, stieg der Umfang im vergangenen Jahr von 46,9 auf 47,8 Millionen Euro, nachdem er 2015 noch 32,4 Millionen betragen hatte.

Quelle: [RP Online](#)

dazu: Export von Kleinwaffen generell verbieten

„Die Bundesregierung kann und will den Endverbleib der gelieferten Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre und Panzerabwehrraketen aus deutscher Produktion nicht kontrollieren. So landeten in der Vergangenheit deutsche Waffen, die an NATO-Mitglieder wie die USA, Großbritannien oder die Türkei exportiert wurden, auch in Kriegs- und Krisengebieten und bei islamistischen Terrorgruppen. Notwendig ist ein generelles Exportverbot von Kleinwaffen“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, mit Blick auf die Antwort [PDF] der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 19/643).

Die Rüstungsexpertin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD formulierte Exportstopp von Kleinwaffen in Drittstaaten reicht nicht. Denn deutsche Kleinwaffen werden bereits jetzt über NATO-Mitglieder in Drittstaaten weiter exportiert. Die Bundesregierung muss verhindern, dass weiterhin alle 14 Minuten ein Mensch in dieser Welt durch eine Kleinwaffe aus der Produktion deutscher Rüstungsschmieden stirbt. Der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki Moon bezeichnet Kleinwaffen zu Recht als ‚Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts‘. Wer wie die Bundesregierung vorgibt, eine werteorientierte Außenpolitik zu führen, muss den Export dieser Massenvernichtungswaffen zwingend unterbinden.

Es ist ein Hohn, wenn die Bundesregierung einen restriktiveren Umgang bei Rüstungsexporten ankündigt und gleichzeitig das zweite Jahr in Folge mehr Ausfuhren von Kleinwaffen genehmigt. Laut Wirtschaftsministerium ist der Umfang der Exporte 2017 von 46,89 auf 47,81 Millionen Euro gestiegen, nachdem er 2015 noch 32,43 Millionen Euro betragen hatte. Eine deutliche Steigerung von 2,55 auf 5,45 Millionen Euro machen Liefergenehmigungen an NATO-Staaten aus. Allein an die USA, die in der Vergangenheit auch islamistische Terrorgruppen in Syrien aufgerüstet haben, sind

im vergangenen Jahr Kleinwaffenexporte im Wert von 4,3 Millionen Euro genehmigt worden.“

Quelle: [die Linke im Bundestag](#)

dazu auch: Für seine treuen Dienste: Rüstungsindustrie errichtet Denkmal zu Ehren Sigmar Gabriels

Berlin (dpo) – Sie haben ihm so viel zu verdanken: Nach dem Ausscheiden von Sigmar Gabriel aus dem Bundeskabinett hat die deutsche Rüstungsindustrie den SPD-Politiker heute in Berlin mit einem eigenen Denkmal geehrt. Kein anderer Politiker der letzten Jahre habe sich so um deutsche Waffenexporte verdient gemacht wie der ehemalige Wirtschafts- und Außenminister.

“Sigmar Gabriel hat uns in seiner Zeit als Wirtschaftsminister absolute Traum-Deals ermöglicht“, so Armin Papperger vom Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), vor dessen Zentrale das Denkmal eingeweiht wurde. “7,86 Milliarden genehmigte Rüstungsexporte im Jahr 2015, 6,85 Milliarden im Jahr 2016 – das waren der höchste und der zweithöchste Wert aller Zeiten. Das hat nicht mal Schwarz-Gelb geschafft.“

Quelle: [Der Postillon](#)

5. Bundeswehrverband warnt vor Tod und Verwundung im Irak

Die Regierung weitet die drei größten Auslandseinsätze der Bundeswehr aus. Die Soldatenvertretung fordert eine Strategie, bessere Ausrüstung – und warnt vor den bitteren Folgen eines „naiven politischen Vorgehens“. [...]

Die Bundesregierung will schwache Staaten in erster Linie dadurch stabilisieren, dass sie deren Sicherheitskräfte militärisch ausbildet. Eher pflichtschuldig wird in den Mandatstexten noch erwähnt, dass deutsche Diplomaten und Entwicklungshelfer ebenfalls im Einsatz sind, um parallel zur Lösung innenstaatlicher Konflikte beizutragen und die fraglichen Staaten administrativ und wirtschaftlich voranzubringen.

Das Problem an diesem Konzept: Es hat noch nirgendwo wirklich funktioniert. Der jüngste Lagebericht der Bundesregierung zum Stand des deutschen Engagements in Afghanistan zum Beispiel liest sich wie ein Dokument des Versagens. Kern des Problems: Seit 2001 ist es nie gelungen, die afghanische Regierung zu einer guten Regierung zu machen, die Konfliktparteien im Land an einen Tisch zu bringen und die Nachbarstaaten einzubinden. Die phasenweise durchaus erfolgreichen militärischen Bemühungen haben der Politik Zeit verschafft, aber sie verstrich ungenutzt.

Dennoch werden vergleichbare Ansätze nun auch in Mali und Irak versucht – in Regionen, deren innere Konflikte womöglich noch komplizierter sind. Im Irak zum

Beispiel ringen Sunniten, Schiiten und Kurden um Einfluss. Die Bundeswehr könne dabei eine „Brückenfunktion“ spielen, gab von der Leyen jüngst bei einem Ortsbesuch zu Protokoll. Soldaten als Diplomaten in Uniform also – ein gewagter Ansatz, zumal rund um den Irak ein Weltenbrand schwelt. Russland, der Iran, Türkei, die USA, die Golfstaaten und Israel heißen die bestimmenden Akteure im tobenden Machtkampf. Gewagt finden das auch die Betroffenen. „Ohne ein politisch mit den Regional- und Großmächten abgestimmtes Konzept, insbesondere vor dem Hintergrund einer schwachen Regierung, ist jegliche militärische Unterstützung ziel- und zwecklos“, sagte Oberstleutnant André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes und damit Interessenvertreter der Soldaten, gegenüber WELT. „Das sollte nach den negativen Erfahrungen in Afghanistan mittlerweile auch der Letzte verstanden haben.“

Quelle: [Welt Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: „Unverantwortlich“, „ziel- und zwecklos“, „naives politisches Vorgehen“: schlimme Beschreibungen einer Politik, die die Bundesregierung trotzdem gegen jede Vernunft durchsetzen will. Und die Bundestagsmehrheit wird es – gegen jede Vernunft – abnicken.

6. „Unterhaltssätze für Flüchtlinge ausreichend“

Im Streit über die Essener Tafel meldet sich NRW-Ministerpräsident Laschet zu Wort. Das Angebot richte sich „im Zweifel nicht an Flüchtlinge“. Zur steigenden Zahl der Tafeln sagte er: Mit wachsender Armut habe das nichts zu tun. [...]

Seiner Ansicht nach sind einzelne junge Flüchtlinge nicht auf die Essensausgabe an Tafeln angewiesen. Die Unterhaltssätze für gerade in Deutschland angekommene junge Flüchtlinge seien ausreichend, „sodass die Tafeln eigentlich für andere gedacht sind“, sagte Laschet am Freitag in Düsseldorf. [...]

Man müsse die Gruppen definieren, die wirklich Hilfe brauchten, sagte Laschet nun. „Das ist im Zweifel nicht der gerade angekommene Flüchtling, denn der kriegt Hilfe an vielen Stellen.“ Die ehrenamtlichen Tafeln seien auch keine staatlichen Stellen. „Es gibt keinen Rechtsanspruch darauf, etwas bei einer Tafel zu bekommen.“

Die zunehmende Zahl der Tafeln, die Lebensmittel an Bedürftige ausgeben, ist für Laschet kein Signal für steigende Armut im Land. Es gehe bei Tafeln nicht um die „Ernährungssicherheit, damit niemand hungern müsse. Diese müsse der Staat sicherstellen. Vielmehr ermögliche die Tafel vielen Menschen einen „Spielraum über das Existenzminimum hinaus“.

Quelle: [WELT Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Wenn Person A etwas zum Thema B sagt, dann sagt das mehr über A als über B. Hier behauptet Laschet realitätswidrig, Hartz IV wäre ausreichend und würde das Existenzminimum abdecken; dass die Zunahme der Anzahl der Tafeln nichts mit wachsender Armut zu tun hat. Im Übrigen bekommen Flüchtlinge noch einmal weniger als die "normalen", länger hier lebenden Grundsicherungsbetroffenen. In diesem Sinne noch einmal der Hinweis, dass Laschet keineswegs das gute Gewissen der CDU, besonders liberal oder sozial wäre, sondern ein ganz harter Neoliberaler ist, wie fast alle in dieser Partei.

7. Warum schimpft eigentlich niemand mehr über die (angeblich) faulen Arbeitslosen?

Es erscheint nur auf den ersten Blick paradox: In Zeiten sehr hoher Arbeitslosigkeit wurden Arbeitslose häufiger und schärfer beschimpft als heute. Die Gründe dafür sagen mehr über diese Gesellschaft aus als über die Arbeitslosen. [...]

Die Frage, ob Arbeitslose tatsächlich faul usw. sind, spielt für die Arbeitslosen-Beschimpfer absolut gar keine Rolle. Arbeitslose werden nicht beschimpft, weil sie faul usw. seien (wie man schon in den 2000er Jahren wusste, waren und sind sie das ja auch keineswegs.) Vielmehr erfüllt dieses Beschimpfen gesellschaftliche und politische Funktionen: Es soll ablenken vom Versagen neoliberaler Gesellschaften, Arbeit und soziale Teilhabe zu schaffen. Es soll Sündenböcke benennen, um nicht die herrschende Politik als falsch und unmoralisch entlarven zu müssen. Und es soll Sozialabbau rechtfertigen.

In Zeiten offiziell niedrigerer Arbeitslosigkeit scheint es die Notwendigkeit, herrschende Politik in dieser Weise zu stützen, nicht mehr in dem Maße zu geben. Dass tatsächlich kaum Arbeit geschaffen, sondern diese vielmehr lediglich auf mehr Menschen verteilt wurde, spielt dabei offenbar ebenso keine Rolle wie der Umstand, dass man Arbeit prekariert und entwürdigt hat. Stattdessen hat und braucht man nun offenbar andere Sündenböcke: Links-Neoliberale (sowie manche Linke) beschimpfen heute jene Arbeitslosen und prekär Beschäftigten, die (angeblich in Massen) zur AfD übergelaufen sind, weil sie moralisch verlottert und politisch verhunzt seien. Und Rechts-Neoliberale sowie Rechte beschimpfen MigrantInnen und Flüchtlinge, weil diese faul und kriminell seien. Der Diskurs über die angebliche »Unterschicht« hat sich ethnisiert.

Die Objekte der Beschimpfung mögen gewechselt haben, die Zielrichtung ebenfalls – die Intention dahinter ist die Gleiche: Herrschende Politik zu rechtfertigen und Schuldige für gesellschaftliche Probleme zu finden. Unerheblich für die Beschimpfer ist dabei einmal mehr, ob ihre Behauptungen überhaupt einen wahren Kern aufweisen.
Quelle: [Blickpunkt WiSo](#)

8. In der Krise soll die Lebensversicherung endlich besser werden

Wegen der alternden Gesellschaft drohen Lebensversicherern Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe. Nun versucht die Branche, den Trend zu bekämpfen. Das Gegenrezept käme den Kunden entgegen. [...]

Hintergrund sind alarmierende Zahlen, die Jahn und seine Kollegen für die Branche errechnet haben. Allein bis zum Jahr 2030 – also innerhalb der nächsten zwölf Jahre – wird die Branche Prämieinnahmen in Höhe von rund sechs Milliarden Euro verlieren, bis zum Jahr 2060 könnten sich die Einnahmeverluste sogar auf mehr als 16 Milliarden erhöhen.

Das wäre ein Rückgang um mehr als 30 Prozent gegenüber dem heutigen Niveau. Statt auf knapp 54 Milliarden Euro summieren sich die laufenden Beiträge der Kunden dann gerade noch auf etwas mehr als 37 Milliarden Euro.

„Das Problem ist nicht der zuletzt viel diskutierte Niedrigzins, sondern schlicht die nicht geborenen Kinder“, sagte KPMG-Mann Wadim Doulger bei der Präsentation der Studie. Alleine die für Lebensversicherungen besonders relevante Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen verkleinert sich bis zum Jahr 2060 um 10,7 Millionen Menschen – statt 34 Millionen wird sie dann nur noch aus 23 Millionen potenziellen Beitragszahlern bestehen.

Schon bis zum Jahr 2030 schmilzt diese Gruppe auf 28 Millionen. Das sind keine Prognosen von KPMG, sondern Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2015.

Die Experten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft haben auf Grundlage dieser Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland geschaut, was dies für die Beitragseinnahmen der Lebensversicherer bedeutet. Dabei wurde davon ausgegangen, dass Menschen in Zukunft nicht mehr Altersvorsorgeprodukte haben und auch der durchschnittliche Beitrag unverändert bleibt.

Quelle: [Welt Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Wie jetzt – ist uns die Kapitaldeckung mit Lebensversicherung nicht als Hilfe gegen den demographischen Wandel empfohlen worden, der angeblich die gesetzliche Umlagerente ruiniert? Und plötzlich stellt sich heraus, dass die Kapitaldeckung auch von der „Demographie“ betroffen ist?*

dazu: Die Deutschen fürchten die Armut im Alter

Immer mehr Deutsche sind entschlossen, im Alter länger zu arbeiten. Jeder Achte will über die bisherige Ruhestandsgrenze hinaus seinen Beruf ausüben. Der Anteil derjenigen, die später in Rente gehen wollen, hat sich damit seit 2002 mehr als verdoppelt, ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag

der Bertelsmann-Stiftung. Gleichzeitig halbierte sich der Anteil jener, die früher als vorgesehen in den Ruhestand gehen möchten. "Ein Trend zur Akzeptanz eines längeren Berufslebens ist deutlich erkennbar", folgert André Schleiter von der Bertelsmann-Stiftung. Der Grund dafür ist, dass die Sorge vor der Altersarmut wächst. Zwei von drei Deutschen sehen in der Alterung der Gesellschaft vor allem Gefahren. So erwarten 80 Prozent von ihnen mehr arme Rentner und höhere Beiträge an die Rentenkasse. Die Ergebnisse der neuen Umfrage passen zu anderen Studien etwa des Deutschen Gewerkschaftsbunds, wonach vier von fünf Bürgern fürchten, im Alter nicht genügend Geld zu haben.

Quelle: [Süddeutsche](#)

Anmerkung Christian Reimann: Die NachDenkSeiten fordern seit Jahren, die gesetzliche Rente zu stärken – u.a. hier:

- a. [Die Förderung der privaten Altersvorsorge war schon immer eine von politischer Korruption bewirkte Fehlentscheidung. Jetzt alle Mittel auf gesetzliche Rente konzentrieren.](#)
- b. [Es ist höchste Zeit die gesetzliche Rente wieder armutsfest zu machen.](#)

Weshalb insbesondere die SPD sich nicht auf die Stärkung der gesetzlichen Rente konzentriert, sondern stattdessen offenbar die Finanz- bzw. Versicherungsindustrie fördern möchte, bleibt nebulös.

9. Hack auf Bundesregierung erfolgte über Lernplattform Ilias

Die Bundesregierung wurde über die Lernplattform Ilias gehackt, die an der Hochschule des Bundes zu Weiterbildungszwecken genutzt wird. Die Einrichtung nutzte eine alte Version mit zahlreichen Sicherheitslücken.

Unter lernplattform-bakoev.bund.de können Mitarbeiter des Bundes Weiterbildungsangebote der Bundesakademie für Öffentliche Verwaltung wahrnehmen – eigentlich. Denn die von der Hochschule des Bundes betriebene Webseite ist derzeit nicht erreichbar. Wer sie besuchen will, bekommt nur die Fehlermeldung: "Die Lernplattform Ilias ist zurzeit nicht erreichbar. Sie wurde auf Empfehlung des BSI vorsorglich vom Netz genommen." Über diese Plattform soll der Hack auf die Bundesregierung abgelaufen sein.

Dem BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) sind nach eigener Auskunft keine Sicherheitslücken in der Ilias-Software bekannt, das Bundesministerium des Innern wollte auf Nachfrage keine weiteren Angaben zu dem Angriff machen. Die Fehlermeldung bestätigt frühere Medienberichte, denen zufolge

ein E-Learning-Angebot der Bundesregierung Einfallstor für die Malware war. [...] Wie genau die Ilias-Installation angegriffen wurde, konnten wir nicht herausfinden, auch weil bislang keiner der Beteiligten für eine Stellungnahme erreichbar war. Doch eine Analyse der Software brachte einige Details zu Tage, die möglicherweise Hinweise geben. Im Google-Cache war zum Zeitpunkt unserer Recherche noch die zuletzt aktive Version von Ilias unter der betroffenen Webseite abrufbar. Daraus geht hervor, dass diese mit Version 5.1.16 von Ilias betrieben wurde. Diese wurde bereits vor einem Jahr, im März 2017, veröffentlicht. Seither gab es mehrere Sicherheitsupdates, die offenbar nicht installiert wurden. [...]

Bei der Analyse von Ilias ist uns ein weiterer Schwachpunkt aufgefallen. Wenn man das System neu installiert, wird ein Standardaccount mit Administratorrechten angelegt. Dieser hat den Benutzernamen "root" und das Passwort "homer". Nirgendwo wird man dazu aufgefordert, das Passwort umgehend zu ändern. Denkbar wäre es also, dass das Standardpasswort schlicht nicht geändert wurde.

Quelle: [Golem](#)

10. **Kanzleramt: Klare Absage an Kupfer beim Breitbandausbau**

Nach Jahren der Fehlentwicklungen unter Alexander Dobrindt erteilt die neue Bundesregierung der staatlichen Förderung von Kupfer endlich eine Absage. Künftig werde man nur mehr echte Glasfaserleitungen fördern, erklärte Kanzleramtschef Helge Braun. Das ist nur eine von mehreren Baustellen in der deutschen Infrastrukturpolitik.

Die neue Bundesregierung krempelt ihre Breitbandstrategie um und will künftig nur mehr echte Glasfaseranschlüsse staatlich fördern. Das kündigte der designierte Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) gestern Abend an. „Wir fördern in Zukunft nur noch Glasfaser“, sagte Braun zu heute.de. „Was die staatliche Förderung angeht, ist es ein glasklares Nein zu Vectoring.“

Bislang setzte das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unter Alexander Dobrindt (CSU) in erster Linie auf die kupferbasierte Übergangstechnologie, um das 2013 ausgerufene Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung rechtzeitig zu erreichen. Doch bis Ende 2018 wird sich das Versprechen nicht umsetzen lassen, wie bereits seit geraumer Zeit feststeht.

Quelle: [netzpolitik.org](#)

11. **Konzerne zur Kasse: Stickoxidgrenzwerte sind zu hoch**

Nun ist es also amtlich. Die Grenzwerte für die Stickoxidbelastung in der Atemluft sind zu hoch. Selbst wenn sie eingehalten werden. Der Luftschadstoff, der in den Städten zu 70 Prozent aus dem Auspuff von Diesel-Pkw stammt, ist nach wie vor ein enormes Gesundheitsproblem. 40 Mikrogramm pro Kubikmeter soll seine Konzentration in unserer Atemluft maximal betragen, heißt es EU-weit seit 2010. Doch diese Werte

werden noch immer in vielen Städten überschritten.

Die Folgen: Für das Jahr 2014 hat das Umweltbundesamt (UBA) den statistischen Zusammenhang zwischen 6.000 Todesfällen aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der Hintergrundbelastung der Luft mit dem Schadstoff nachgewiesen. Derlei geschieht, indem Daten der Schadstoffkonzentration in der Luft in einer bestimmten Region in Verbindung mit Todesfallstatistiken gebracht werden. Vergleicht man dann verschiedene Regionen, lässt sich ein statistischer Zusammenhang zwischen den Schadstoffkonzentrationen und den Todesfällen wie auch der Häufigkeit bestimmter Erkrankungen ermitteln. Das ist natürlich nur bei Krankheiten sinnvoll, für die zuvor der medizinische Zusammenhang nachgewiesen wurde.

Quelle: [junge Welt](#)

12. **Russischer Doppelagent wurde Opfer von seltenem Nervengift**

Genaue Angaben zum Gift machte die britische Innenministerin Rudd vorerst nicht – Diplomatischer Schlagabtausch zwischen Moskau und London

Bei dem Attentat auf den russischen Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien ist ein sehr seltenes Nervengift verwendet worden. Das sagte die britische Innenministerin Amber Rudd am Donnerstag in einem Interview mit dem BBC-Radio. Welches Gift genau zum Einsatz kam, wollte sie nicht sagen. [...]

Premierministerin May stellte am Mittwoch wie zuvor Johnson den Besuch britischer Politiker und Würdenträger bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland im Sommer infrage, sollte sich herausstellen, dass Moskau hinter dem Fall steckt.

Ähnlich direkt fiel die Antwort aus Russland aus. "Man spürt, dass diese Kampagne vollkommen geplant abläuft, und darin klingen auch Äußerungen offizieller Vertreter Großbritanniens an", sagte Ministeriumssprecherin Sacharowa der Agentur Interfax zufolge. Am 18. März wird in Russland der Präsident gewählt, Wladimir Putin gilt als haushoher Favorit.

Quelle: [der Standard](#)

Anmerkung unseres Lesers H.L.: *Fußball-Sommermärchen 2018 in Russland. Volle Stadien, tolle Spiele, begeisterte Fans, schöne Bilder aus Moskau und St. Petersburg – welcher kalte Krieger möchte so etwas sehen? Bevor der Anschlag auf den russisch-britischen Doppelagenten Skripal überhaupt aufgeklärt ist – es könnte sich ja auch um einen persönlichen Racheakt handeln – fallen Theresa May und Boris Johnson mit der Tür ins Haus und fordern einen Boykott der Fußball-WM in Russland. Mindestens von Seiten der Ehrengäste, gerne auch durch das britische Team. Ist das die Logik des kalten Krieges? Und warum sollten die Russen so dämlich sein, durch einen Mordanschlag in Salisbury den Briten die Gründe für einen WM-Boykott noch auf dem*

Silbertablett zu liefern?

13. **Daten als Ware! Voll im Fokus des Springer-Konzerns**

Der Springer Konzern ist in Deutschland ein marktführender Zeitungsverlag. Sich selbst bezeichnet das Haus inzwischen allerdings als „digitales Unternehmen“. Aus internationaler Perspektive betrachtet und im Vergleich mit den digitalen Weltmarktführern ist Springer allerdings nur ein sehr kleiner Marktteilnehmer. Wie Google und Facebook generiert Springer mehr als zwei Drittel seiner Erlöse mit Werbung. Die journalistischen Inhalte der Online-Ausgaben von Bild, Welt und Co. liefern vor allem das „sichere Markenumfeld“ für die Werbekunden. Zielgerichtetes, auf den individuellen Leser gerichtetes Einspielen von Inhalten und Werbung, wird dabei immer wichtiger. Als herausragenden Fachmann holt Springer jetzt Alexander Karp in den Aufsichtsrat, den Gründer und Geschäftsführer von Palantir; nach eigener Darstellung der „marktführenden analytischen Plattform für strategische, operative und taktische Anforderungen“, die gerade dabei ist, auch bei den Sicherheitsbehörden in Deutschland Fuß zu fassen.

Quelle: [Cives](#)

14. **Berater knacken die 30-Milliarden-Euro-Marke**

Das Geschäft der Beratungsunternehmen boomt. Taktgeber ist die digitale Transformation. Die Einstellungsbereitschaft in der Branche ist hoch: Mitarbeiter werden händierend gesucht – und nicht nur Nachwuchs. Die Leistungen der rund 140.000 Mitarbeiter starken Beraterbranche in Deutschland sind gefragt: Zum achten Mal in Folge ist ihr Umsatz hoch einstellig gewachsen. Im vergangenen Jahr legte der Umsatz um 8,5 Prozent auf erstmals mehr als 30 Milliarden Euro zu, genau sind es 31,5 Milliarden Euro. Auch für das laufende Jahr sind die Firmen optimistisch und erwarten Zuwächse in einer ähnlichen Größenordnung wie 2017. Das zeigt eine vom Bundesverband Deutscher Unternehmensberater (BDU) durchgeführte Branchenumfrage, an der sich gut 500 Firmen beteiligt haben.

Quelle: [Handelsblatt](#)

dazu: Volker Pispers: Berufe die unsere Welt nicht braucht!

Quelle: [YouTube](#)

15. **Zu guter Letzt: Raus aus der Groko und sich erneuern**



Quelle: [Stuttman Karikaturen](#)